

# AUS DER WIRTSCHAFT

## Handelsblatt Konferenz

### "Investitionsbedingungen in der Türkei"

**T**ürkei auf dem Wachstumspfad, Privatisierung auf dem Vormarsch, der Energiesektor lohnt sich. Das sind die Hauptthemen der Handelsblatt-Konferenz nächste Woche in Frankfurt am Main.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt bei rund 645,5 Milliarden Dollar und macht damit einen großen Sprung. Auch die Privatisierung wird vorangetrieben. Seit 1985 hat die Türkei Privatisierungserlöse von 30 Milliarden Dollar erzielt, davon 22 Milliarden unter der Erdoğan-Regierung. Und es soll noch weitergehen. "Wir haben noch eine Menge zu verkaufen", sagt Finanzminister Kemal Unakitan. Neben dem Telekommunikationsbereich ist vor allem der Energiesektor ein lukratives Geschäft für Investitionen: "Energie ist ein hoch interessantes Feld, auf dem wir uns große Chancen ausrechnen", erklärt Andreas C. Schroeter (General Manager der WestLB, Istanbul). Viele Kunden aus Deutschland und besonders Nordrhein-Westfalen seien am türkischen Energiemarkt interessiert. Auch Cathleen Behrends (Repräsentantin von Uni Credit Mar-

kets & Investment Banking in Istanbul) bestätigt das große Interesse an Energieprojekten.

Auf der Handelsblatt-Konferenz "Investitionsbedingungen in der Türkei" am 28. und 29. April 2008 in Frankfurt werden Schroeter und Behrends ihre Türkei-Erfahrungen ausführlich vorstellen. Während der Istanbul-WestLB-Chef über die Finanzierung von Infrastruktur- und Energieprojekten spricht, stellt Behrends das Bankensystem in der Türkei vor. Nicht nur die Projektfinanzierungen seien verlockend, sondern auch das Beratungsgeschäft. Das gilt auch für den geplanten Einstieg in die Atomenergie. Obwohl ausländische Beteiligungen im Bankensektor umstritten blieben, seien insgesamt die Rahmenbedingungen heute wesentlich stabiler als in den 90er Jahren, erklärt Schroeter. Weitere Praxisberichte der Tagung informieren über die Hard- und Software-Produktion, die Entwicklung des Bausektors sowie das eCommerce-Investment in der Türkei.

Einen Überblick über die Entwicklung der türkischen Wirtschaft seit 2001 gibt Erdal Gençer, Wirtschaftsredakteur der türkischen Tageszeitung Zaman. Hintergrundin-

formationen zu den aktuellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei und Deutschland liefert Prof. Dr. Faruk Şen (Mitbegründer und Leiter, Stiftung Zentrum für Türkei-Studien).

Deutschland habe unter den ausländischen Investoren in der Türkei schon immer eine führende Rolle gespielt, erklärt Marc Landau, Geschäftsführer der deutsch-türkischen Handelskammer in Istanbul. So hätten deutsche Unternehmen "die wahrscheinlich älteste ununterbrochene Präsenz im Lande". Viele deutsche Großunternehmen sind seit über fünfzig Jahren mit eigenen Tochterunternehmen im Land am Bosphorus vertreten. 131 der 152 Unternehmen würden auch aus heutiger Sicht wieder in der Türkei investieren. Landau stellt auf der Konferenz Kriterien für die Standortwahl in der Türkei vor. Das neue Handelsgesetzbuch und seine Auswirkungen auf deutsche Unternehmen wird Dr. iur. Mehmet Köksal (Partner, CEO, Luther Karasek Köksal Consulting A.S.) vorstellen. Weitere Themen sind kulturelle Besonderheiten im Umgang mit Geschäftspartnern und Behörden, Personalsuche sowie rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen.

## Studie:

### EU-Beitritt der Türkei wird teurer

**E**ine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union würde nach Berechnungen des Gefra-Instituts in Münster rund 30 Prozent teurer als bislang angenommen. Bei einem Beitritt im Jahr 2013 fielen allein bei der Regionalförderung mindestens 20 Milliarden Euro jährlich an.



Grundlage ist eine Neuberechnung des Statistischen Amtes der Türkei. Darin ist erstmals auch die Schattenwirtschaft einbezogen, womit sich das türkische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um rund 30 Prozent erhöht. Die Ansprüche an den Strukturfonds richten sich nach der Höhe des BIP. Nach einer früheren Studie der Gefra hätte die EU der Türkei im Jahr 2013 rund 15 Milliarden Euro an Strukturfonds-Mitteln zahlen müssen, sofern sich an den Fördermechanismen nichts ändert. Die EU hat die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 2005 aufgenommen. Wegen der Zypernfrage,

aber auch Bedenken von Mitgliedern wie Frankreich und Deutschland, wurden bislang kaum Fortschritte erzielt. Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan will politische Reformen beschleunigen, um neuen Schwung in die festgefahrenen Verhandlungen für einen EU-Beitritt zu bringen. In der vergangenen Woche kündigte er an, das Parlament werde die Reform des umstrittenen Türkentum-Paragrafen beschließen. Hunderte Intellektuelle und Journalisten mussten sich bislang vor Gericht verantworten wegen Verstößen gegen Artikel 301, der als wichtiger Stolperstein für die Türkei auf ihrem Weg in die Europäische Union gilt. Mit dem Artikel wird die „Beleidigung des Türkentums“ geahndet. Die EU hatte die Türkei im Herbst in einem Fortschrittsbericht zu deutlichen Reformanstrengungen für mehr Meinungs- und Religionsfreiheit aufgefordert. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn begrüßte die Reforminitiative. Der türkische Regierungschef versprach weitere rasche Reformschritte, „die die Demokratie in der Türkei voranbringen werden“. Details nannte Erdoğan jedoch nicht.

## Experte: Euro-Zone profitiert von starkem Wachstum der Türkei

**D**ie Euro-Zone kann nach Einschätzung eines Experten von den hohen Wachstumsraten in der Türkei profitieren. "Die Türkei wird in den kommenden 15 Jahren jährlich um 4,5 Prozent wachsen", sagte Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Norbert Walter bei einer Tagung der Unternehmervereinigung TÜSIAD in Berlin.

Die Euro-Zone sollte sich das enorme Potential der Türkei zunutze machen. Walter unterstütze deshalb einen Beitritt der Republik zur Währungsgemeinschaft. TÜ-

SIAD zählt zu den wichtigsten Unternehmerverbänden der Türkei und fördert den politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Reformprozess in der Türkei.

Nach Einschätzung der Vereinigung ist ein Beitritt der Türkei in die Euro-Zone 2014 technisch realisierbar. "Bis dahin muss der Demokratisierungsprozess aber noch Fortschritte machen", sagte TÜSIAD-Vizepräsidentin Ümit Boyner in Anspielung auf die innenpolitischen Spannungen des Landes.

Im März hatte sich das Verfassungsgericht einer Klage gegen die Regierungspartei AKP angenommen. Die Staatsanwaltschaft fordert, die Partei wegen islamistischer Bestrebungen zu ver-

boten. Das Verbotsverfahren schreckte Investoren bereits ab. In den ersten drei Monaten dieses Jahres hatten nach Angaben der Kapital-

marktaufsicht ausländische Investoren 600 Millionen Euro aus dem Aktienmarkt abgezogen. Walter sieht in dem Verbotsantrag aber eher eine

Aufforderung der Staatsanwaltschaft an die Regierungspartei, die Prinzipien der Verfassung zu respektieren.

Da sich die günstigen ökonomischen Bedingungen vor allem unter der AKP entwickelt hätten, hoffe er, dass es kein Verbot geben werde.

1990 stand die Türkei noch auf Platz neun der wichtigsten EU-Handelspartner. 2005 rückte das Land mit einem Handelsvolumen von mehr als 75 Milliarden Euro auf Platz sieben vor. In den vergangenen Jahren verzeichnete die türkische Wirtschaft stets hohe Wachstumsraten. Die wichtigsten Wirtschaftssektoren sind die Textilindustrie, der Tourismus, die Automobilindustrie und die Elektronikbranche.

